

## **Vortrag an den Ministerrat**

### **EU; Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten am 23. November 2021 in Brüssel**

Am 23. November 2021 fand eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten in Brüssel statt. Behandelt wurden die Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 16./17. Dezember 2021, die Schlussfolgerungen zur Verbesserung der Krisenvorsorge, die Reaktionsfähigkeit und Resilienz der EU gegenüber künftigen Krisen, die EU-Erweiterung sowie der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess, die Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, der jährliche Dialog über Rechtsstaatlichkeit sowie die legislative Programmplanung.

### **Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 16./17. Dezember 2021**

Der slowenische Ratsvorsitz erläuterte die Themenbereiche des Europäischen Rates am 16./17. Dezember 2021.

Zum Thema COVID-19 verwies ich auf die kürzlich in Österreich beschlossenen nationalen Maßnahmen. Die derzeitige Situation verdeutliche einmal mehr die Wichtigkeit einer höchstmöglichen Durchimpfungsrate in der EU und den Mitgliedsstaaten. Daher plane Österreich auch, mit 1. Februar 2022 eine Impfpflicht einzuführen. Weitere zentrale Mittel im Kampf gegen die Pandemie seien der fortgesetzte Kampf gegen Desinformation sowie die dritte Impfung. Der Entscheidung über Reisebeschränkungen in die EU sowie innerhalb der EU sollte als Kriterium der Status der Person im Grünen Pass zugrunde liegen, statt wie bisher die allgemeine COVID-19 Situation in einem Land, aus der die Person einreist.

Zum Thema Krisenmanagement und Resilienz unterstützte ich die entsprechenden Schlussfolgerungen des Rates (siehe unten) und hob die Wichtigkeit zukunftsorientierter und multidisziplinärer Arbeiten zu offener strategischer Autonomie hervor. Dazu gehöre auch Wettbewerbsfähigkeit und eine Reform der staatlichen Beihilferegelungen.

Zum Thema Energiepreise bekräftigte ich, was ich bereits im Rat im Oktober sagte: unkoordinierte nationale Antworten müssen ebenso vermieden werden wie vorschnelle Eingriffe in die Regeln des Binnenmarktes. Bestärkt wurde dies durch den Zwischenbericht der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) vom 15. November 2021, der den Preisanstieg in einer ersten Analyse als zeitlich begrenzt ansieht. Außerdem dürfe die Debatte zu den Energiepreisen nicht mit der Debatte zu Klimaschutz vermischt werden. Ich betonte aber die Notwendigkeit, den Übergang zu erneuerbaren Energien zu beschleunigen und die Bemühungen im Bereich Energieeffizienz zu stärken.

Beim Thema Sicherheit und Verteidigung hob ich den „Strategischen Kompass“ als wichtiges Instrument hervor, um die EU in diesem Bereich zu stärken. Österreich setze sich zudem aktiv für die Ausweitung der Partnerschaften mit internationalen Organisationen ein.

Schließlich drückte ich meine Sorge angesichts der Lage an der EU-Außengrenze zu Belarus sowie volle Solidarität mit den betroffenen Mitgliedsstaaten Lettland, Litauen und Polen aus. Es brauche eine rasche Reaktion der EU. Ich verwies in diesem Zusammenhang auf die vom Bundeskanzler und vom Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten organisierte internationale Konferenz zu Belarus am 22. November 2021 in Wien (Videokonferenz).

### **Schlussfolgerungen zur Verbesserung der Krisenvorsorge, Reaktionsfähigkeit und Resilienz gegenüber künftigen Krisen**

Die Schlussfolgerungen wurden vom Rat angenommen.

### **EU-Erweiterung sowie der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess**

Der slowenische Ratsvorsitz erläuterte eingangs seine Ziele bis zum Ende des Jahres. Insbesondere würden die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien sowie weitere Beitrittskonferenzen auf Ministerebene zu Montenegro und Serbien angestrebt. Auch der für die EU-Erweiterung zuständige Kommissar Olivér Várhelyi unterstützte diese Ziele.

Ich bedankte mich beim slowenischen Ratsvorsitz für die Debatte zur EU-Erweiterung, die weiterhin auf der EU-Agenda bleiben müsse. Es brauche regelmäßigen politischen Dialog mit den Westbalkan-Partnern. In diesem Zusammenhang verwies ich auf das Arbeitsfrühstück der für Europa zuständigen Minister der EU-27 mit dem montenegrinischen Premierminister Zdravko Krivokapić, das ich am Morgen unmittelbar

vor der Ratstagung organisiert hatte. Ich betonte die Dringlichkeit, den EU-Beitrittsprozess wieder in Gang zu bringen. Dabei unterstützte ich die Ziele des slowenischen Ratsvorsitzes und appellierte, insbesondere die ersten Beitrittskonferenzen mit Albanien und Nordmazedonien noch im Jahr 2021 abzuhalten. Es gehe um die Glaubwürdigkeit der EU.

## **Beziehungen EU – Vereinigtes Königreich**

Der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Maroš Šefčovič, informierte über die jüngsten Entwicklungen, insbesondere betreffend die Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich über die Umsetzung des Protokolls zu Irland und Nordirland. Die Mitgliedsstaaten unterstützten den besonnenen, aber entschiedenen Ansatz der Europäischen Kommission in den Verhandlungen.

## **Jährlicher Dialog über Rechtsstaatlichkeit**

Auf Basis der Länderkapitel des Rechtsstaatlichkeitsberichts der Europäischen Kommission für das Jahr 2021 fand die insgesamt dritte Aussprache zu einzelnen Mitgliedsstaaten statt. Gemäß protokollarischer Reihenfolge wurde dabei die Rechtsstaatlichkeit in Kroatien, Italien, Zypern, Lettland und Litauen besprochen. Es wurden insbesondere *Best Practices* ausgetauscht sowie allgemeine Herausforderungen diskutiert. Ich begrüßte den Dialog über die Rechtsstaatlichkeit im Allgemeinen als gutes Instrument, um gegenseitig voneinander lernen zu können. Im Rahmen des Austausches zu den einzelnen Mitgliedsstaaten sprach ich insbesondere die Themen Unabhängigkeit der Justiz, Vertrauen in die Justiz, Verfahrensdauer und Konsultationsprozesse im Rahmen von Gesetzesvorhaben an.

## **Legislative Programmplanung – Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2022**

Die Europäische Kommission stellte die Prioritäten im Rahmen ihres Jahresarbeitsprogramms für 2022 vor.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates ([www.consilium.europa.eu](http://www.consilium.europa.eu)) abrufbar.

Ich stelle daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

7 Jänner 2021

Mag. Karoline Edtstadler  
Bundesministerin